

Beschlussvorlage

Fachbereich IV

Aktenzeichen:

Vorlage Nr.: BV/0514/2014

Vorlage für die Sitzung		
Haupt- und Finanzausschuss	24.11.2014	öffentlich
Rat	15.12.2014	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA wegen Gefährdung wesentlicher Elemente kommunaler Selbstverwaltung;
hier: Bürgerantrag und Anträge der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes u. a.**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
Keine

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
keine

1. (im Ausschuss geänderter) **Beschlussvorschlag:**

Resolution des Rates der Stadt Rheinbach vom 15. Dezember 2014

Der Rat der Stadt Rheinbach appelliert an:

- die Kommission der Europäischen Union
- das Parlament der Europäischen Union
- die Bundesregierung
- den Deutschen Bundestag
- die Landesregierung NRW,

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommens „Trade in Services Agreement“ (TISA), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Der Rat der Stadt Rheinbach stellt fest, dass die geplanten Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand auch die kommunale Daseinsvorsorge tangieren sollen.

Der Rat der Stadt Rheinbach fordert, dass:

1. die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind und
2. die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur auf keine Weise – auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten – eingeschränkt werden soll,
3. Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien im Vergleich zum nationalen oder EU-Recht nicht eingeengt werden dürfen,
4. es keine Beschränkungen der Förderung von Sport, Kunst, Kultur und sozialem Engagement durch den Kreistag **und den Stadtrat** geben darf,
5. sichergestellt sein muss, dass Rechtsakte des Kreises und seiner Kommunen nicht Gegenstand von Verfahren vor Schiedsgerichten werden können.

2. Beratung im Ausschuss:

Ratsherr Pütz regte in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses an, unter Ziffer 4 der Resolution nach „Kreistag“ noch „und den Stadtrat“ einzufügen.

Der Vorschlag fand einvernehmliche Zustimmung und wurde im Beschlussvorschlag aufgenommen.